

Institut für Psychologie, Olshausenstraße 62, 24098 Kiel

Innen- und Rechtsausschuss und
Sozialausschuss
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
z.H. Frau Dörte Schönfelder

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 17/1375

**Sozialpsychologie &
Politische Psychologie**

Leitung:
Prof. Dr. Bernd Simon

Hausanschrift:
Olshausenstraße 62, 24118 Kiel

Post- und Paketanschrift:
Olshausenstraße 40, 24098 Kiel

www.psychologie.uni-kiel.de/sozial/

Sekretariat
Doris Figura
Tel +49(0)431-880-3972
Fax +49(0)431-880-3971

Mail, Telefon, Fax
simon@psychologie.uni-kiel.de
Tel +49(0)431-880-2976
Fax +49(0)431-880-3971

Datum
27.10.2010

Betreff: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/502

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne nehme ich die Gelegenheit wahr, zum o.g. Antragsentwurf Stellung zu nehmen.

Die Zielsetzung des Aktionsplans erscheint mir aus sozialwissenschaftlicher Perspektive dringend geboten und im konkreten Zuschnitt angemessen. Es spricht sicherlich einiges dafür, dass sich in Deutschland das gesellschaftliche Klima für Lesben und Schwule in den letzten Jahrzehnten deutlich verbessert hat. So hat insbesondere das Lebenspartnerschaftsgesetz, das die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften voranbrachte, wenn auch nicht vollendete, mittlerweile die Akzeptanz der Mehrheitsgesellschaft gefunden. Dieses Gesetz ist damit sowohl Ausdruck als auch zusätzliche Triebfeder der Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas für Lesben und Schwule in Deutschland.

Mit dieser begrüßenswerten Entwicklung hin zu einem positiveren oder zumindest differenzierteren gesellschaftlichen Klima für Lesben und Schwule in Deutschland zeichnet sich gleichzeitig eine veränderte sozialwissenschaftliche und auch politische Bedeutung der Einstellung gegenüber Homosexuellen ab. Analog zum Konzept der Fremdenfeindlichkeit oder des Antisemitismus scheint die Verbreitung homosexuellenfeindlicher Einstellungen zunehmend die Bedeutung eines Gradmessers zu erlangen, eines **Gradmessers für das Ausmaß der Liberalität der deutschen Gesellschaft** insgesamt, aber auch für die differenzielle Liberalität unterschiedlicher Gruppen, Schichten, Segmente oder Regionen in unserer Gesellschaft. Gleichzeitig belegt die historische Betrachtung von Vorurteils-, Diskriminierungs- und sozialen Exkludierungsprozessen, dass erreichte Fortschritte immer wieder durch **regressive Entwicklungen** gefährdet sind und deshalb der permanenten Befestigung durch

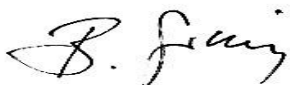
geeignete politische und soziale Maßnahmen bedürfen. Auch der aktuelle Blick über die nationalen Grenzen Deutschlands hinaus belegt die permanente Gefährdung, der sexuelle Minderheiten im 21. Jahrhundert weiterhin ausgesetzt sind. Die hasserfüllten Reaktionen auf die jüngste Lesben- und Schwulen-Parade in Belgrad belegen dies ebenso wie die beunruhigende Zunahme von gewalttätigen Angriffen auf Lesben und Schwule in einigen Staaten und Städten der USA.

Der vorliegende Antrag ist aus folgenden Gründen bestens geeignet eine stabile Basis für eine nachhaltige Entwicklung von Toleranz und Akzeptanz gegenüber sexuellen Minderheiten herzustellen und zu einer Kultur des gegenseitigen Respekts beizutragen:

- Der Antrag setzt auf **Inklusivität**. Neben Homosexuellen werden explizit auch bi-, trans- und intersexuelle Menschen berücksichtigt.
- Der Antrag setzt auf **frühzeitige Prävention**. Es werden gezielt junge Menschen angesprochen, da sie es sind, die unsere Zukunft tragen und diese gestalten werden.
- Der Antrag setzt auf **Bildung und Weiterbildung**. Er trägt damit dem Status Deutschlands als „Bildungsrepublik“ und den Ansprüchen lebenslangen Lernens Rechnung.
- Der Antrag setzt auf **Opferhilfe** und Verbesserung der **Informationsgrundlagen** zur Strafverfolgung. Dies sichert den Opfern gesellschaftliche Solidarität zu und verbessert das Vertrauensverhältnis zwischen „Betroffenen“ und staatlichen Behörden.
- Der Antrag bezieht das **sozio-kulturelle Umfeld** mit ein. Die Berücksichtigung von Arbeitswelt, Freizeitbereich (z.B. Sport) und kultureller Einbettung (z.B. Glauben) ermöglicht einen ganzheitlichen Ansatz, so dass mehr erreicht werden kann als bloß die Schaffung vereinzelter Inseln der Toleranz.

Aus diesen Gründen ist der Antrag uneingeschränkt unterstützenswert. Darüber hinaus ist es wünschenswert, dass die Landesregierung sich über den Bundesrat für einen bundesweiten Aktionsplan ähnlichen Zuschnitts einsetzt.

Mit freundlichen Grüßen



Bernd Simon